



CDU NEUSS

AKTUELL

08|08

Familienstadt mit Zukunft

Erfolgreicher Stadtparteitag der CDU mit Impulsreferat von Frau Professor Dr. jur. Susanne Tiemann

Der Schutz von Ehe und Familie als Basis des Handelns

An Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes, nach dem Ehe und Familie unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung stehen, erinnerte Stadtverbandsvorsitzender Dr. Jörg Geerlings zu Beginn des Stadtparteitags. Dieser sei Leitfaden des Handelns, auch wenn sich das Familienbild sehr verändert habe. Die CDU stelle sich der Verantwortung, neue Anforderungen an die Familienpolitik aufzuspüren, programmatische Ausrichtungen zu hinterfragen, im Gespräch mit Sachverständigen und Betroffenen Ziele zu bestätigen und neue zu formulieren. Mit dem nach 1998 zweiten Stadtparteitag zur Familienpolitik zeige sich deutlich die Wichtigkeit dieses Themas. Damals habe man sich mehr auf Wohnbebauung und Freizeitanlagen konzentriert, heute seien es Betreuungs- und Wertefragen, die im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. Alle während des Stadtparteitags gewonnenen Erkenntnisse seien auch dazu bestimmt, in das Kommunalwahlprogramm 2009 bis 2014 einzufließen.

Familie wichtiges Thema auf allen politischen Ebenen

In seinem Grußwort bedankte sich der frisch gekürte Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hermann Gröhe, für die zahlreichen Glückwünsche, die

ihn erreichten. Er wolle seine Kraft darauf richten, dass die Union im Bundestag weiterhin die Führung inne habe, bleibe aber auch als Minister „Neusser Abgeordneter“ mit viel Bezug zum Wahlkreis. Die gegenwärtige Finanzkrise zeige Handlungsfähigkeit und Wetterfestigkeit der demokratischen Institutionen. Gleichwohl sei ein politisch schwieriges Jahr zu erwarten, in dem die CDU zeigen müsse, dass sie gestaltungsfähig bleibe. Die soziale Marktwirtschaft sei in der Bewährungsprobe und weder der Ruf nach einem „Kapitalismus pur“ noch die „Linke“ gebe die richtigen Antworten. Abschließend verwies Gröhe darauf, dass Familienpolitik nicht „irgendein Thema“ sei, sondern Dreh- und Angelpunkt. Erfolge seien auf allen Ebenen zu verzeichnen.

Familie – investieren in die Zukunft

In ihrem Impulsreferat skizzierte **Frau Professor Susanne Tiemann** die aktuelle Situation der Familien in Deutschland. Es gebe verschiedenste Definitionsbemühungen zum Begriff, Familie sei nach ihrer Auffassung jedenfalls da, wo Kinder leben. Davon aber gebe es immer weniger. Die Alterspyramide habe eine mächtige Alterskrone und nur einen schmalen Jugendstamm. Ins Bewusstsein trete daher immer mehr, dass die sozialen Sicherungssysteme massiv gefährdet seien. Krankheitskosten und Pflegebedarf steigen, während

gleichzeitig Fachkräfte und damit Beitragszahler fehlen. Hinzu komme, dass eine Familie mit Kindern mit einem einzigen Durchschnittseinkommen schlecht auskomme.

Es sei gut, dass die Familienpolitik mehr in den Fokus der politischen Überlegungen komme. Deutschland müsse sich für die hohe Kinderarmut angesichts einer so wirtschaftsstarke Nation schämen. Es sei nicht hinnehmbar, dass Familien das Armutsrisiko zu tragen hätten. Die Bundesregierung müsse sich fragen lassen, warum das Kindergeld nur in so geringem Maße angehoben werde, dass nicht einmal die Preissteigerungen der jüngeren Vergangenheit kompensiert werden. Leistungen an die Familien seien Investitionen in die Zukunft.

Eltern müsse eine familienfreundliche Umwelt geboten werden, die Kindergeschrei als etwas Positives betrachte. Ebenso notwendig sei eine familienbewusste Arbeitswelt. Neben Betriebskindergärten, Teilzeitarbeit u.v.m. müssten auch Modelle zur Rückkehr in die Erwerbstätigkeit entwickelt werden. Eltern sollten dabei grundsätzlich in die Lage versetzt werden, zu entscheiden, ob sie sich Kindern und Erwerbstätigkeit gleichzeitig widmen oder auf die Erziehung konzentrieren möchten. Beides müsse entsprechend gefördert werden.

Generell gehe es darum, die Kinder so gut wie möglich für die Zukunft zu rüsten. Dafür sei eine gute Ausbildung ausschlaggebend, die nicht von der so-

zialen Herkunft abhängig sein dürfe. Der Bildungsauftrag beginne letztlich mit der Geburt und erstrecke sich neben den Eltern auch auf Betreuungseinrichtungen und Schulen. Dafür habe der Gesetzgeber einige Grundlagen geschaffen. Den Eltern müssten jedoch auch die Angebote nahe gebracht werden. Ein Einschreiten des Staates sei aber nur in Fällen der Verwahrlosung zulässig. Zunächst einmal dürfe davon ausgegangen werden, dass Eltern mit dem besten Willen ihre Erziehungsaufgabe wahrnehmen. Hilfsangebote seien jedoch nicht erst angezeigt, wenn eine problematische Situation eingetreten ist, sondern sollten in der Regel präventiven Charakter haben. Ein Frühwarnsystem sei sinnvoll. Kommunen seien hier in der Lage, Präventionsangebote ohne gesetzgeberische Intervention zu konzipieren. Es gehe darum, tragende Netze für die Familien zu entwickeln.

Wichtiges Element sei dabei auch, die Familien zu befähigen, als Wertegemeinschaft zu wirken. Werte und ethisches Verhalten müssten eingeübt werden, da der Staat nur dann erwarten könne, auf eigenverantwortliche und sozial bewusste Menschen zu treffen.

Abschließend gebrauchte Frau Professor folgendes Zitat von Nelson Mandela: "Eine Gesellschaft offenbart sich nirgendwo deutlicher als in der Art und Weise, wie sie mit ihren Kindern umgeht. Unser Erfolg muss am Glück und Wohlergehen unserer Kinder gemessen werden, die der größte Reichtum einer jeden Gesellschaft sind."

AG 1 - Erfolgsfaktor Bildung – Entwicklung von Strategien für frühkindliche Förderung

Die unter Leitung der Stadtverordneten **Anne Holt** stehende Arbeitsgruppe diskutierte lebhaft und sehr praxisorientiert über die frühkindliche Förderung. Einigkeit wurde dahingehend erzielt, dass Bildung bereits mit der Geburt beginnt. Man müsse daher neben der Unterstützung der Eltern auch hoch qualifizierte Erzieher haben, wobei selbstverständlich sei, dass eine hohe Qualifikation sich auch in der Vergütung niederschlagen müsse. Die Förderung müsse den gesamten Bereich von niederschweligen Angeboten

bis hin zur Begabtenförderung abdecken. Ein Netzwerk für Kinder, Eltern, Erzieher, Lehrer und Psychologen sei notwendig mit einem Koordinator zur Information und Verknüpfung. Einvernehmen bestand auch, dass jedem Kind ein Schulabschluss ermöglicht werden müsse und dass bei allen Maßnahmen die Prävention im Vordergrund stehe.

AG 2 - Die Balance zwischen Familie und Beruf ist machbar

Die Kreistagsabgeordnete **Beate Pricking** widmete sich mit ihrer Arbeitsgruppe in sachkundiger und engagierter Diskussion der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Stadt Neuss übernehme als Arbeitgeber selbst Vorbildfunktion bei dieser Thematik. Sie solle aber auch Unternehmen bei der Schaffung einer familienfreundlichen Arbeitskultur beraten. Außerdem müsse sie Betreuungsangebote initiieren, die in Kooperation mit öffentlichen und privaten Anbietern eine Balance von Familie und Beruf ermöglichen. Dies betreffe auch flexible Öffnungszeiten, wie beispielsweise eine Samstagbetreuung.

AG 3 - Starke Eltern – Starke Familien

Wie die Elternkompetenz zu stärken sei, beriet unter Leitung der Stadtverordneten **Sabine Hustedt** sowie **Thomas Kaumanns** fachmännisch und offensiv die dritte Arbeitsgruppe. Einigkeit bestand darin, dass es nicht darum gehe, Eltern zu stigmatisieren, sondern bei Beratungsbedarf zu unterstützen. Dazu könne ein Gutscheineheft zur kostenlosen Inanspruchnahme von Beratungsangeboten ebenso dienen, wie eine Internetseite mit einem entsprechenden Beratungsforum. Der Aufbau eines aufsuchenden Erstkontakts werde angestrebt, wie auch die Erziehungskompetenz speziell von Männern zu stärken. Einvernehmen bestand bei den Teilnehmern auch, die Wertediskussion kontinuierlich fortzusetzen.

Anmerkung: Reden und Beschlüsse im Wortlaut finden Sie im Internet unter www.cdu-neuss.de.

Kurzporträt: Professor Dr. jur. Susanne Tiemann



- » Studium der Rechtswissenschaften und Promotion in München
- » 1975 Rechtsanwältin in München, ab 1980 in Köln, seit 1986 Fachanwältin für Sozialrecht
- » seit 1986 Lehrauftrag an der Uni Bonn, 1995 Honorarprofessorin, seit 1998 Professorin an der Katholischen Hochschule NRW
- » 1994 bis 2002 Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion
- » seit 2006 Prorektorin für Forschung und Weiterbildung an der Katholischen Hochschule NRW sowie wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Forschung und Weiterbildung
- » ihre Lehrgebiete sind: Verwaltungswissenschaft, Verwaltungsrecht einschl. Sozialmanagement sowie im Bedarfsfall Sozialpolitik und Sozialrecht
- » zahlreiche Ehrenämter: u.a. 1992 bis 1994 Präsidentin des Steuerzahlerbundes sowie Preise, wie die Voltaire-Medaille der Republik Frankreich für die Verdienste im europäischen Integrationsprozess, zeugen vom außerordentlichen Engagement
- » in Beruf und Ehrenamt
- » verheiratet, drei Kinder

Herausgeber:

CDU Stadtverband Neuss
Münsterplatz 13a
41460 Neuss
Tel. 02131/222011
Fax 02131/275684
info@cdu-neuss.de
www.cdu-neuss.de